blickpunkt

502 10/2012

www.dkp-mw.de

Zeitung der DKP für Mörfelden-Walldorf

Arm und Reich trennt eine Kluft

Arme und Reiche trennt eine Kluft, die stetig breiter wird. Aktuelle Zahlen zeigen das Ausmaß der Unterschiede.
Im Kreis Groß-Gerau gibt es jetzt 10% mehr Bezieher von Grundsicherungsleistungen und die Altersarmut nimmt zu. Es gibt immer mehr Menschen, die von ihrer Rente nicht leben können.

Nach den aktuellen Zahlen der Bundesregierung wächst das Privatvermögen in Deutschland stark, allerdings ziehen daraus nur wenige einen Vorteil: Das reichste Zehntel der Deutschen besitzt über die Hälfte des Nettovermögens aller Haushalte, das aktuell rund zehn Billionen Euro beträgt. Dagegen verfügen 50% der Deutschen zusammen nur über ein Prozent des Vermögens.
Selbst die Krise macht den Reichen keinen Strich durch die Rechnung: Von 2007 bis 2012 erhöhte sich das Privatvermögen insgesamt um 1,4 Billionen Euro, seit 1992 hat es sich mehr als verdoppelt.
Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, stieg 2011 in allen deutschen Bundesländern die Zahl derjenigen, die weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens zur Verfügung hatten.
Die große Ungleichheit ist kein bloßes Gerechtigkeitsproblem, sondern ein Hauptgrund für die Krise. Seit der Jahrtausendwende sind die Löhne gesunken. So verringerte sich die Lohnquote gemessen am Bruttoinlandsprodukt zwischen 2001 und 2007 um 5%.
Das Arbeitsministerium gibt im Armuts- und Reichtumsbericht zu, dass 40% der Vollzeitbeschäftigten – die mit den niedrigsten Einkommen – in den vergangenen Jahren Lohnverluste hinnehmen mussten, während die Entwicklung „im oberen Bereich positiv steigend" gewesen sei.
Das Ministerium bemerkt lapidar, dass dadurch das „Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung" verletzt werde.
Letzteres wird auf jeden Fall durch den steigenden Reichtum verletzt, wie der Bericht zeigt: 77,7% der Deutschen stimmten demnach der Aussage „Zu großer Reichtum führt zu Spannungen in der Gesellschaft" zu.

Fortsetzung nächste Seite

Reicher Mann und armer Mann
standen da und sah'n sich an,
und der Arme sagte bleich:
„Wär ich nicht arm
wärst du nicht reich."

Bertolt Brecht

Unterstützung der Vereine gefährdet?

Sitzung im Sozial-, Kultur- und Vereinsausschuss. Mehrere Anträge auf Bezuschussung von Vereinen unserer Stadt standen auf der Tagesordnung. DKP/LL-Stadtverordneter Dietmar Treber sagte aus diesem Anlass:
„Wenn wir diese jetzt beraten, muss uns auch bewusst sein, dass es sein könnte, dass dies das letzte Mal ist, wo wir Zuschüsse an örtliche Vereine beschließen können.
Sollte das Parlament in diesem Jahr beschließen, sich unter den sogenannten Rettungsschirm zu begeben, dann droht uns ein Ende der Vergabe von freiwilligen Leistungen. Dann würde nicht mehr in unserer Stadt, durch die gewählten Volksvertreter entschieden, wer Geld bekommt. In Wiesbaden fallen dann die Entscheidungen. Und: gestrichen würde mit Sicherheit bei den freiwilligen Leistungen. Die Vereinsarbeit wäre davon entscheidend betroffen. Aber gerade die Vereine sorgen für eine enorme Lebensqualität in unserer Kommune. Diese leisten Sozialarbeit, durch die vielen Breitensport-Angebote Gesundheitsvorsorge. Unsere Vereine sind Teil der Kultur und leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration, zum bunten und friedlichen Zusammenleben der Menschen aus über 120 Kulturen in unserer Stadt. Diese Arbeit ist außerordentlich wichtig für unser Gemeinwesen und sollte unbedingt gefördert, unterstützt und erhalten werden. Sollte der „Kommunale Schutzschirm" auf die Tagesordnung kommen, werden wir ihn strikt ablehnen. Unsere Fraktion befürwortet alle vorliegenden Anträge der Vereine und wir wollen uns auch weiterhin dafür stark machen, dass diese Unterstützung in der Zukunft bleibt."

Fortsetzung von Seite 1

Die Nachricht, daß die Reichen in der Bundesrepublik wieder einmal reicher und die Armen relativ und absolut ärmer geworden sind, bedarf einer Ergänzung: „Anfang der 1970er Jahre erreichten die Arbeitnehmer einen Anteil am Volkseinkommen von fast 72%, 2008 lag diese sogenannte Lohnquote bei ungefähr 62".
Diese Zahl ist exakt, sie drückt ein grundlegendes gesellschaftliches Verhältnis aus und verdeutlicht das Resultat einer mindestens 40jährigen Politik, sie ist Zweck der Übung: Umverteilung von unten nach oben.
Wer nicht weiß, was Klassenkampf ist: Hier wird er sichtbar.
Derzeit besitzen die Bundesbürger privat also etwa zehn Billionen Euro. Zehn Prozent der Haushalte verfügen über mehr als die Hälfte. Offiziell gelten etwa 15% der Bevölkerung als arm oder armutsgefährdet. Alle Parlamentsparteien der alten Bundesrepublik haben intensiv an diesem Ergebnis gearbeitet.
Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung wird noch diskutiert.

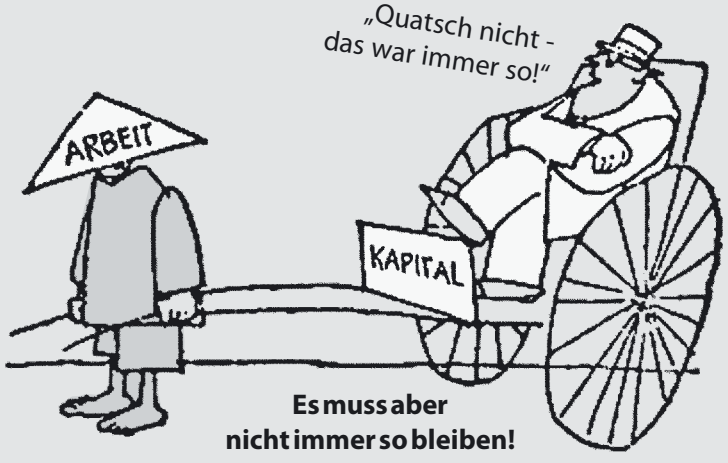
Viele Menschen machen sich Gedanken: Was müsste geändert werden? Wir sagen: Man muss die Millionäre besteuern statt bei Rentnern und den Beschäftigten zu kürzen. An die Zockerbanken darf kein Steuergeld mehr fließen. Die Banken müssen vergesellschaftet und am Gemeinwohl ausgerichtet werden.
Es muss begriffen werden:
„Wer den Reichen nichts nimmt,
kann den Armen nichts geben!"

Grundsätzliches

Jeder kennt den Spruch „Geld regiert die Welt". In den letzten Jahren konnte jeder lernen, dass Großbanken und Großkonzerne bestimmen, wo es „lang geht" und die Parlamente nur ausführende Organe sind.
Im kapitalistischen Gesellschaftssystem sind gute Profitbedingungen für die Konzerne der absolute Dreh- und Angelpunkt. Die Effektivität der Wirtschaft wird einzig an der Rentabilität des Kapitals und nicht an der Erfüllung der sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Menschen gemessen.
Wer das ändern will muss grundsätzliche Veränderungen anstreben.
Immer mehr Reiche und immer mehr Arme kann nicht die Zukunft sein.
Ziel der DKP ist es, die Ursachen von Armut zu beseitigen.
Das ist im Rahmen der Sachzwänge des Kapitals nicht möglich.
Dazu ist letztlich die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln notwendig.
Notwendig ist die Produktion für die Bedürfnisse der Menschen nach gemeinschaftlich erarbeitetem Plan und die gesellschaftliche Aneignung des gesellschaftlichen Reichtums.
Die Perspektive einer solchen Gesellschaft ist kein frommer Wunsch. Sie erwächst aus den Widersprüchen der heutigen kapitalistischen Gesellschaft selbst.
Deren Krisen sind es, die die Notwendigkeit und Möglichkeit des Sozialismus immer wieder bestätigen.

Energiewende - ein schwieriges Feld

Der Bürgermeister räumt der Windkraft im Stadtgebiet keine Chance ein. Die Tieflage - daher weniger Windkraft - und der Flugverkehr stünden dem entgegen. Das ist klar. Möglichkeiten bei der Energiewende sieht der Rathauschef in Solaranlagen und Geothermie. Das schmückende Wort „Solarstadt" scheint angesichts der Möglichkeiten und der fehlenden Investitionsbereitschaft (vielleicht auch -möglichkeit) etwas überhöht. Andere Kommunen sind da schon viel weiter. Die Geothermie ist in unserem Bereich möglich. Einige Anlagen gibt es bereits in unserer Stadt. Sie beruhen auf der oberflächennahen Erdwärme (bis 100 m Tiefe). Die Tiefenbohrungen können von der Stadt nicht gestemmt werden. Die Claims (Nutzungsgebiete) sind bereits vergeben, die Investitionshöhe und die betrieblichen Voraussetzungen übersteigen die Möglichkeiten der Stadt. In der letzten Wahlzeit stellte die DKP/LL-Fraktion einen Antrag mit dem Ziel, im neuen Baugebiet „Walldorfer Weg" die Möglichkeit der oberflächennahen Geothermie zu prüfen. Man kann sich vorstellen, dass die zentrale Wärmenutzung für ein Wohngebiet mit Läden, Büros, Schule und Sporthallen etc. in der Nachbarschaft rentabel betrieben werden könnte. Es war ein Prüfungsantrag. Doch selbst prüfen wollte man nicht. Der Antrag wurde ohne Diskussion abgelehnt. Reden und Taten gehen doch manchmal weit auseinander. R. D.



Es muss aber nicht immer so bleiben!

Unsere Zeit
Wochenzeitung der DKP

Probelesen Mail:
NeueImpulse@aol.com

CommPress Verlag GmbH
Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Fax: 0201-24 86 484,
www.unsere-zeit.de

Das Haus in der Langstraße

Mörfelden-Walldorf ist nicht Rothenburg ob der Tauber. Jeder weiß es. Gleichzeitig freuen wir uns, wenn wir durch alte Fachwerkstädte gehen.
Vor wenigen Jahren wurden, vor allem in der Mörfelder Langgasse, viele alte Häuser abgerissen, die das Stadtbild prägten. Heute sagen viele Verantwortliche: „Das würde man heute nicht mehr so machen." Wir sollten uns dann aber auch so verhalten - z.B. beim Haus Langstraße 37.
Wir erinnern: Vor wenigen Jahren Jahren wurde es von einem Makler für 35.000 Euro angeboten. In der Anzeige hieß es u.a.:

Grundstücksanteil: ca. 110 m²
Wohnfläche nach Sanierung: ca. 124 m²

Dieses denkmalgeschützte „Waldenserhaus" liegt im Stadtzentrum von Walldorf. Es besteht der Bedarf einer Totalsanierung. Die dafür erforderlichen Kosten sind steuerlich von Interesse, z. B. wegen der besonderen Abschreibungsmöglichkeiten.. Das Haus ist teilunterkellert. Zu dieser Immobilie wird ein Sondernutzungsrecht an einer Garage und an einem kleinen unbebauten Grundstücksanteil zugeteilt.

Die DKP/Linke Liste beantragte damals: Die Stadt soll es erwerben - das wurde nicht aufgegriffen. Auch unser Antrag, der Magistrat möge alle Möglichkeiten nutzen, um das unter Denkmalschutz stehende Haus zu erhalten und dazu intensive Gespräche mit der Denkmalbehörde und dem Eigentümer führen, wurde abgelehnt. Mittlerweile ist der Verfall weiter fortgeschritten. Es heißt, dass es nicht mehr zu retten sei. Es ist zu retten. Man muss es nur wollen.

Blutige T-Shirts

Der schwedische Mode-Gigant H&M gilt als schick: fair mit kleinen Preis. Insbesondere bei jungen Leuten liegt er voll im Trend. In Deutschland macht die Kette ein Viertel ihres gesamten Umsatzes, rund 3,4 Milliarden Euro im letzten Jahr. H&M ist günstig, investiert viel Geld in Werbung, für Models und Kampagnen. H&M strahlt mit Glamour-Effekt.
Doch wie sieht es in Fabriken und Zulieferbetrieben in Fernost aus?
In den Slums leben sie auf wenigen Quadratmetern, die Arbeiterinnen und Arbeiter von H&M. Eine Näherin verdient für 14 Stunden am Tag 35 Euro im Monat. Das Geld reicht gerade für Essen und Miete. Der Mindestlohn in Bangladesch liegt umgerechnet bei knapp 30 Euro im Monat.
Beim Brand in einer Textilfabrik in Karachi sind jetzt 300 Menschen ums Leben gekommen. Dort wurde für KiK produziert. Die ArbeiterInnen verloren auf grausamst vorstellbare Weise während der Produktion von Jeans ihr Leben. Brand- und Arbeitsschutz werden missachtet. Gewerkschaftsfreiheit gibt es nicht!
Blut klebt an den T-Shirts.

Faszination der Bilder

Großer Andrang in der „blickpunkt"-Hofgalerie in Mörfelden. Wir zeigten aus Anlass der Einweihung der erneuerten Langgasse historische Bilder dieser Straße.
Nicht nur die „Romantik" um die Jahrhundertwende; das einfache, harte und entbehrungsreiche Leben der einfachen Leute der damals kleinen Gemeinde war zu sehen. Das Thema Faschismus wurde nicht ausgespart. Knapp 300 Besucher kamen an den drei Ausstellungstagen. Es gab lebhafte Gespräche und einige Gäste brachten alte Fotos aus privaten Familienalben mit. Diese Bilder werden sicher demnächst im „blickpunkt" zu finden sein. Weitere Ausstellungen werden folgen.

Atombomben weiterhin in der Eifel gelagert

In der Nato erklärte sich die Bundesregierung in aller Form damit einverstanden, dass die US-Atombomben im Land bleiben und sogar mit Milliarden-Aufwand modernisiert werden. Zudem will die Bundeswehr etwa 250 Mill. Euro ausgeben, um ihre Tornado-Kampfflugzeuge, von denen die US-Atombomben im Kriegsfall abgeworfen werden sollen, noch bis zum Jahr 2024 einsatzfähig zu halten.
Insgesamt haben die USA in Europa noch schätzungsweise 180 bis 200 Atombomben gelagert, davon sollen sich 10 bis 20 auf dem Luftwaffenstützpunkt Büchel in der Eifel befinden.
Seit dem Ende des Kalten Krieges ist unklar, gegen wen diese Waffen jemals eingesetzt werden sollen.
Beim Nato-Gipfel Ende Mai in Chicago erklärten sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Westerwelle in einer gemeinsamen Erklärung der 28 Nato-Staaten damit einverstanden, dass die Nato an den taktischen Atomwaffen festhält.
Jede Bombe hat eine Zerstörungskraft von bis zu 170 Kilotonnen – das 13-Fache der Hiroshima-Bombe.
Deutsche Piloten trainieren mit US-Soldaten den Einsatz. Im Kriegsfall sollen deutsche Tornado-Bomber die Atomwaffen ins Ziel tragen.
Die Entscheidung, die Bombe vom Typ B61 zu modernisieren, hat die US-Regierung bereits getroffen.

Die Kosten werden auf mindestens vier Milliarden Dollar beziffert. Der neue Typ B61-12 soll 2019 fertig gestellt und dann in Europa stationiert werden.

Jeder, der sich halbwegs für Politik interessiert, ist entsetzt über diese neue Entwicklung. Das alles ist brandgefährlich. „Raketen sind Magneten", der Satz bleibt aktuell.
Hier muss sich Protest stärker entwickeln, auf der Straße und in den Parlamenten.

Tank oder Teller

Auch in unserer Feldgemarkung wurde an auffallend vielen Stellen (entlang der B44, am Egelsbächer Weg) Gerste und Roggen durch Mais ersetzt. Es sind sehr große Maisfelder entstanden, z.B. ostwärts der B44 ab Kreuzung B486 Richtung Walldorf.
Man kann sich schon fragen, ob es wünschenswert ist, daß jetzt auch hier zunehmend Pflanzen angebaut werden, die mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht auf Tellern, sondern in Tanks landen.
Zudem sicher kaum festzustellen ist, ob auch bei uns schon gentechnisch manipulierter Mais auftaucht.

In Deutschland werden immer mehr Flächen für den Anbau nachwachsender Rohstoffe und nicht mehr zur Nahrungsmittelerzeugung verwendet: Ein Fünftel der Ackerfläche ist inzwischen reserviert für die Energie- oder im geringeren Maß für Fasererzeugung.
Vor allem die wachsende Zahl der Biogasanlagen führt dazu, dass inzwischen rund 18% der Ackerfläche mit Energiepflanzen wie Mais, Raps etc. eingesät wird.
Auf 8% der Felder wachsen Pflanzen für Biogas, auf 7,7% für Biodiesel und auf 2% für Ethanol und damit für die Herstellung von Biosprit. Dafür wird eine Fläche von 2,1 Millionen Hektar benötigt. Allein auf fast einer Million der 11,9 Millionen Hektar Ackerböden gedeihen Pflanzen für die Erzeugung von Methan in Biogas.
Mais ist weiter die dominierende Pflanze. Allein Energie-Mais wachst auf 810.000 Hektar. Tatsächlich ist die Pflanzenmenge, die in die Biogaserzeugung geht, noch höher: Denn die offizielle Rechnung berücksichtigt Grassilage nicht, die als dritter oder vierte Schnitt geerntet und dann in die Anlagen gesteckt wird.

Zwar nahm 2012 die Maisfläche nicht mehr in dem Tempo der vergangenen Jahre zu. 2012 stieg sie um zwei Prozent, nachdem sie 2011 noch um fast zehn Prozent angewachsen war. Doch örtlich sieht das Bild ganz anders aus: In Hessen etwa säten die Bauern in diesem Jahr 20% mehr Mais als in der Vorjahren aus.
Der aus ökologischen Gründen umstrittene Mais wird auf weit mehr als 2,5 Millionen Hektar angebaut. Tendenz weiter steigend. Auch, weil weiter neue Biogasanlagen gebaut werden, in denen Mais als der Rohstoff Nummer eins gilt. Er verspricht die höchste Energieausbeute bei der Methangewinnung.
Diese Entwicklung wird seit Jahren von Umweltorganisationen kritisiert. Mittlerweile will auch die EU-Kommission den Einsatz von Biosprit wegen grundsätzlicher Zweifel deutlich begrenzen. Biokraftstoffe könnten dem Klima schaden und Lebensmittelknappheit verschärfen, heißt es jetzt. Umweltschützer fordern schon lange eine Kehrtwende, da es keinen positiven Nutzen durch mehr Biosprit gebe. In Deutschland ist zudem eine „Tank oder Teller"-Debatte entbrannt.

VORANKÜNDIGUNG

Demonstration an der Landebahn

Am Sonntag, den 21. Oktober 2012, 15 Uhr
findet eine Demonstration zum Jahrestag
der Eröffnung der neuen Bahn
direkt an der Nordwestlandebahn statt.

Initiativen der DKP/LL-Fraktion

Denkmal Bahnhof Walldorf

1. Seit wann steht der Walldorfer Bahnhof unter Denkmalschutz?
2. In welchem Umfang wurden seitdem Eingriffe in die Fassadengestaltung oder andere bauliche Veränderungen am Walldorfer Bahnhof vorgenommen?
3. Wurden dazu jemals Stellungnahmen der Denkmalbehörden eingeholt?
4. Betrifft der Denkmalschutz nur das Bahnhofsgebäude oder auch andere historische Elemente im Bahnhofsbereich?
5. Inwieweit ist bei der Gestaltung des Bahnhofsumfelds die Denkmaleigenschaft des Bahnhofs zu beachten?

Sanierungsbedarf der kleinen Sporthalle am Festplatz in Mörfelden

1. Wie ist der Stand der Prüfung des Sanierungsbedarfs der kleinen Sporthalle am Festplatz Mörfelden?
2. Wann wird ein detaillierter Bericht dazu vorgelegt?
3. Ist in absehbarer Zeit mit einer Entscheidung über einen Maßnahmen-, Zeit- und Kostenplan zu rechnen?

Berichtsantrag der DKP/LL

Schon mehrfach waren Erweiterungspläne des Kalksandsteinwerks am Bornbruch Thema der Stadtverordnetenversammlung. Jetzt scheint wieder was im Busch zu sein. Dazu hat die DKP/Linke Liste jetzt einen Berichtsantrag gestellt.

Erweiterungspläne des Hessischen Bausteinwerks Dr. Blasberg GmbH & Co. KG - Betonwerk Mörfelden GmbH (Dreher Firmengruppe), Am Bornbruch, Mörfelden

„Der Magistrat wird beauftragt zu berichten:

1. Welche Erweiterungspläne hat die Firmengruppe Dreher für ihre Betriebe am Standort Mörfelden und wo genau soll diese Erweiterung erfolgen?
2. In welchem Umfang sind Neubauten geplant und sind diese Neubauten „genehmigungsfähig"?
3. Wäre dazu ggf. eine Änderung des Regionalen Raumordnungsplans und des Flächennutzungsplans notwendig?
4. Wo und in welchem Umfang sind Eingriffe in die Natur im Außenbereich der Stadt (Wald, Grün- oder Ackerland etc.) zu erwarten?
5. Welche „Ausgleichsmaßnahmen" sind im Genehmigungsfall nachzuweisen?
6. Wer in Verwaltung, Magistrat und Stadtverordnetenversammlung hat bisher Kenntnis von diesen Erweiterungsplänen?
7. Haben bereits Gespräche mit der Firma Dreher stattgefunden und wer hat daran teilgenommen?
8. Wurden der Firma Dreher schon Zusagen gemacht, die Betriebserweiterung/-en zu genehmigen?"

Veranstaltung der
„Linken Runde"

Der dritte Anlauf

Referent: Manfred Sohn

Dienstag, 30. Oktober 2012, 20 Uhr
Bürgerhaus Mörfelden

Die Wirtschafts- und Finanzkrise, die seit 2008 in Wellen das ganze kapitalistische Weltsystem durchschüttelt, nimmt kein Ende. Dies unterstreicht die Bedeutung einer grundsätzlichen gesellschaftlichen Veränderung und damit einer neuen Sozialismus-Konzeption, die die Ursachen des Scheiterns von 1989/91 verarbeitet.

Einmal im Monat steht die DKP auf dem Rathausplatz in Mörfelden, verteilt den neuen „blickpunkt" und „macht die Ohren auf". Viele Informationen und Anregungen kommen von den Bürgerinnen und Bürgern. Wir greifen sie auf.

KOMMUNALES

Was bringt die Wirtschaftsförderung?

Im September lag der Stadtverordnetenversammlung der lange angekündigte Magistratsbericht zu 10 Jahren „Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing“ vor.
Die Gesamtkosten für Personal werden darin ebenso wenig genannt, wie die vollständigen anderen Ausgaben. Manches andere wird nur vage gestreift. Die Frage, was die Wirtschaftsförderung gebracht hat, wird nicht beantwortet. „Aufwand und Ertrag“ sollen offenbar nicht zu beziffert werden. Unter einem Erfolgsbericht stellen wir uns etwas anderes vor.
Der Bürgermeister hält die dafür geschaffene Stelle (bisher befristet auf fünf Jahre!?) für unverzichtbar und will die Befristung aufheben. Der neue „Wirtschaftsförderer“ stellte sich in den zuständigen Ausschüssen vor. Er meinte, er sei gekommen um zu bleiben. Da wäre er der erste. GS

Weiter gegen Flughafenerweiterung

Die CDU hatte beantragt, den Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung „für Umwelt, Ver- und Entsorgung, gegen Flughafenerweiterung“ umzubenennen. Statt „gegen Flughafenerweiterung“ sollte es zukünftig „sowie Flughafenangelegenheiten“ heißen. Die Parlamentsmehrheit wies das zurück. Die DKP/Linke Liste betonte die Notwendigkeit, im Interesse der Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt auch weiterhin gegen Flughafenerweiterung zu stehen und diese nicht als „Flughafenangelegenheit“ anzusehen.

Sie lesen gerne den „blickpunkt“? Gut!

Unser Spendenkonto:
Kreissparkasse
Groß-Gerau
Konto 9003419,
BLZ 50852553

SPD und Grüne lehnen Deckelung der Flugbewegungen ab

Die DKP/Linke Liste hatte den Antrag „Fluglärmbelastung vermindern - Anzahl der Flugbewegungen begrenzen“ gestellt. Darin hieß es u.a.: „... Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt die Forderungen der Bürgerinitiativen nach einem absoluten Nachtflugverbot von 22:00 bis 06:00 Uhr, einer Begrenzung der Flugbewegungen auf maximal 380.000 jährlich, der Verlagerung von Kurzstreckenflügen auf die Schiene und der Schließung der neuen Landebahn. Diese Forderungen stehen unabhängig von den Ergebnissen der Norah-Studie schon jetzt auf der Tagesordnung.“

Wie im Kreistag hatten SPD und Grüne auch im Stadtparlament nichts Besseres zu tun, als in einem „konkurrierenden“ Antrag statt der Reduzierung der Flugbewegungen eine “verbindliche Lärmobergrenzenregelung“ zu fordern und dies auch zu beschließen. Einen gemeinsamen Antrag lehnten sie ab.

Für die DKP/Linke Liste bleibt die Forderung nach einer Begrenzung der Flugbewegungen, wie sie von der Interessengemeinschaft zur Bekämpfung des Fluglärms und dem Bündnis der Bürgernitiativen gegen die Flughafenerweiterung erhoben wird, unverzichtbar. GS

Keine Aktion zu erwarten

Eine symbolische Sitzung der Mörfelden-Walldorfer Stadtverordneten zur Unterstützung der Bürgerproteste im Flughafen-Terminal wird es wohl in der nächsten Zeit nicht geben.
Die dahingehende Anregung der DKP/LL wollen der Stadtverordnetenvorsteher und die „großen“ Fraktionen nicht aufgreifen. Mit außerparlamentarischen Aktionen gegen die Flughafenerweiterung tun sich SPD und CDU unserer Stadt schwer. Die Grünen in der Koalition scheinen sich damit abgefunden zu haben.

Abgeräumt

Der Walldorfer Bahnhofsplatz wird umgebaut. Die größeren Ausstellungselemente zur Geschichte des Bahnhofs sind abgeräumt. Wir gehen mal davon aus, dass sie gesichert wurden und später dort wieder ihren Platz finden sollen. Vielleicht findet sich ja auch ein „Übergangsstandort“ im Bahnhofsbereich.

Auffahrt befestigen

Beim „blickpunkt“-Verteilen wurden wir darauf aufmerksam gemacht, dass die Auffahrt am Zugangsweg zum Spielplatz „Wernertanne“, der auch von vielen Radfahrern als Verbindungsweg zu den Einkaufsmärkten in der Gerauer Straße genutzt wird, bei starken Regenfällen immer wieder abgeschwemmt wird. Dieser Bereich sollte bei nächster Gelegenheit dauerhaft befestigt werden.

Wie in jedem Jahr wurden auch am 11. September 2012 am Salvador-Allende-Platz in Mörfelden von Mitgliedern der DKP und Parteilosen Blumen niedergelegt.

Die DKP hatte nach dem Putsch in Chile und der Ermordung des Präsidenten im Jahre 1973 diese Platzbenennung im Stadtparlament beantragt. Vor einigen Jahren wurde eine weitere DKP-Initiative realisiert - eine Zusatztafel mit folgendem Text:

SALVADOR ALLENDE
26. JULI 1908 - 11. SEPTEMBER 1973
SOZIALIST
DEMOKRATISCH GEWÄHLTER PRÄSIDENT CHILES - VON PUTSCHENDEN MILITÄRS ERMORDET

Für ein Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr

„Fluglärm ist größtenteils Kopfsache“
meint der Fraport-Chef

Der Vorstandsvorsitzenden der Fraport AG, Stefan Schulte, hatte anlässlich einer Einladung des Bistums Mainz im Erbacher Hof vor Wirtschaftsvertretern zum Thema Luftverkehr und Fluglärm gesprochen. Er meinte, dass die von Fluglärm betroffenen Menschen nicht objektiv, also messbar, sondern in erster Linie subjektiv unter dem Lärm litten: „60 bis 70 Prozent des Fluglärms sind psychische Wahrnehmung, 30 bis 40 Prozent das objektiv Messbare“.

Die Bürgerinitiativen erklärten dazu:
„Fluglärmbetroffenen muss man helfen und darf sie nicht verspotten!“
Weiter: *„Wir können Herrn Schulte und der gesamten Lobby der Ausbaubefürworter versichern, dass wir sehr genau wissen, worunter wir leiden: wir leiden unter der Fehlplanung Nordwestlandebahn“.*

Prof. Dr. med. Manfred E. Beutel, von der Universität Mainz sagte u.a.:
„Als Mediziner staunt man nicht schlecht, liest man die aktuellsten Lärmschutzempfehlungen vom Fraport Chef (AZ vom 7.9.12): 60-70% des Fluglärms seien psychische Wahrnehmung und nur 30 bis 40% das objektiv Messbare. ... Die Weltgesundheitsorganisation empfiehlt aus gutem Grund, Lärmbelästigung als wesentlichen Indikator für die Gesundheitswirkung von Lärm zu erfassen. Dies ist nicht durch physikalische Schallgrößen zu erfassen, die bekannter Weise bei uns über so unterschiedliche Tage hinweg gemittelt werden, bis eben scheinbar erträgliche durchschnittliche Lautheit zustande kommt. Vielmehr gehen so unterschiedliche Faktoren ein wie Frequenz der Geräusche, Häufigkeit, Lautheit von Einzelereignissen, aber eben auch Biorhythmus, Lebensalter, körperliche Krankheit oder individuelle Lärmempfindlichkeit. Nicht der Schall macht krank, sondern die Lärmbelästigung.
Die vorliegenden wissenschaftlichen Studien widersprechen der Behauptung der Lärmgewöhnung. Nächtlicher Fluglärm führt beispielsweise auch zwischen 22 und 23 Uhr und zwischen 5 und 6 Uhr zu Schlafstörungen und zu nächtlichen Blutdruckerhöhungen. Selbst wenn die Betroffenen nicht erwachen, kommt es zu Mikroaktivierungen des vegetativen Nervensystems durch einzelne überfliegende Flugzeuge, die letztlich zu der Blutdrucksteigerung durch nächtlichen Fluglärm wesentlich beitragen und damit zu erhöhten Herz-Kreislaufrisiken.“

Dr. Hoffart erklärte für die Bezirksärztekammer:
„Fluglärm ist keineswegs nur Kopfsache. Mit großem Befremden hat die Ärztekammer die Äußerungen von Fraport-Chef Dr. Stefan Schulte zur Kenntnis genommen. „Wir „freuen“ uns, einen medizinisch so fachkompetenten Menschen an der Spitze von Fraport zu sehen“, so der Vorsitzende der Bezirksärztekammer Dr. Jürgen Hoffart. Diese Äußerungen Schultes und sein erneutes Infragestellen eines strikten Nachtflugverbotes sind nach Ansicht der Ärztekammer an Zynismus nicht zu überbieten und zeigen erneut, wie wenig Fraport und sein Hauptaktionär, das Land Hessen, die Gesundheit der Menschen im Rhein-Main-Gebiet interessiert. Es geht eindeutig nur um wirtschaftliche Interessen und Profitmaximierung, so Hoffart. „Es gibt zwischenzeitlich mehr als genug wissenschaftliche Studien, die die krankmachende Wirkung von Lärm, und gerade auch von Fluglärm, belegen“, sagte Dr. Hoffart.

Stadtgeschichten

Ein Erinnerungsfoto, aufgenommen etwa Anfang der 1930er Jahre, an einem schönen Sonntagnachmittag im Hof der Gaststätte „Zum Fuchsbau" in Mörfelden. Auf einer alten Postkarte steht noch „Garten-Restaurant, herrliche Lage, direkt am Wald gelegen, nur 3 Minuten vom Schwimmbad entfernt. Gut bürgerliche Küche, 1a Biere und Weine, eigene Schlachterei." Nicht alle der abgelichteten Personen sind noch namentlich bekannt. In der Mitte sitzt der Besitzer Georg Heinrich Fuchs, Gastwirt und Metzgermeister mit seinem Metzgerhund, einer gut genährten Deutschen Dogge, links daneben Philipp Arndt und ganz rechts stehend seine Frau Marie Arndt geb. Heinecke. Der „Fuchsbau" in der Rüsselsheimer Straße, damals noch Heuweg genannt, mit seiner unter grüner Laube befindlichen Gartenwirtschaft, war eine gute Adresse. Dort traf man sich bei einem Glas Bier, die Kinder bekamen eine Limo und wenn's gut ging, gab es einen „Kaufmann" - zwei Stücke Brot mit dazwischengelegter Hausmacherwurst. Die Frau des Wirts, das „Fuchsebettche", verkaufte auch gerne noch ein Stück Wurst für den nächsten Tag zum Frühstück.

Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden

KuBa

Cocktailabend: Miese Krise - Cocktails gegen die Troika
Freitag, 5. Oktober 2012, 20 Uhr

Konzert: Blues Alley
Samstag, 6. Oktober 2012, 20 Uhr, Eintritt: 7 € / 5 €

„Ihr mit eurer Ami-Musik"
Donnerstag, 11. Oktober 2012, 20 Uhr
Musikveranstaltung zur Reihe „Begegnungen mit den USA"
Mit DJ Franz Urhahn

Querbeat
Freitag, 12. Oktober 2012, 20 Uhr
DJ-Abend

Das Vinyl wird gerettet!
Donnerstag, 18. Oktober 2012, 20 Uhr, Schallplattenabend

16 Bit - Konsolenabend
Freitag, 19. Oktober 2012, 20 Uhr

Kinoabend: Das große Star Wars-Happening
Samstag, 20. Oktober 2012, 16 Uhr
Filmabend

Lesung: Deutschland ohne Ausländer. Ein Szenario. Mit Pitt von Bebenburg
Dienstag, 23. Oktober 2012, 20 Uhr

Quiz-Night
Freitag, 26. Oktober 2012, 20 Uhr
Anmeldung ab 20 Uhr, um 20.30 Uhr geht´s los!

Handarbeiten im KuBa! Der KuBa StrickStickKick
Samstag, 27. Oktober 2012, 18 Uhr

Unser Lexikon

Schbrisch

Isch soin en guure Kerl - wann merr misch lesst.

Herausgeber: Deutsche Kommunistische Partei (DKP), Mörfelden-Walldorf - Verantwortlich für den Inhalt: Rudi Hechler, Hochstraße 22, Mörfelden, Tel. 22362 - RudiH@dkp-mw.de - www.dkp-mw.de